

Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2009

Eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen
Entwicklungspolitik

Siebzehnter Bericht 2009

17

In diesem Jahr veröffentlichen Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland den siebzehnten Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“. Dieser jährliche Bericht erscheint seit 1993 und hat sich als Instrument kritischer Analyse der Entwicklungspolitik der Bundesregierung etabliert und bewährt.

Der diesjährige Bericht analysiert schwerpunktmäßig die **Folgen der globalen Welternährungs-, Weltwirtschafts- und Weltklimakrise für die Entwicklungsländer**. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der **Finanzierung von Klimaschutz und Klimaanpassungskosten als Aufgabe deutscher Entwicklungspolitik**. Kurz vor dem Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009 fragen wir nach den Kosten des Klimawandels und dem Stand der Mobilisierung von Finanzmitteln zur Bewältigung dieser Folgen. Der Bericht legt dabei auch die Unübersichtlichkeit immer neuer Klimainitiativen und Finanzierungsinstrumente dar und bewertet die Aktivitäten der Bundesregierung im Hinblick darauf, ob sie den eigenen Vorgaben entsprechen und den hohen Anforderungen genügen.

Der Bericht ist als **OECD-DAC-Schattenbericht** zur offiziell deklarierten deutschen Entwicklungspolitik konzipiert. Er skizziert quantitative und qualitative Aspekte deutscher öffentlicher Leistungen vor dem Hintergrund der entwicklungspolitischen Ansprüche und Zielsetzungen der Bundesregierung und bezieht dabei auch den internationalen Rahmen deutscher Entwicklungspolitik ein. Ein Schwerpunkt bleibt die Frage nach der Umsetzung der international vereinbarten Entwicklungsziele, allen voran die UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs): Politischen Absichtserklärungen werden tatsächliche Zahlen und Fakten gegenübergestellt.

Auf Basis dieser Bewertung formulieren Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes Empfehlungen an die neue Bundesregierung für eine bessere deutsche Entwicklungspolitik.

„Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“ im Internet

Deutsche Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland veröffentlichen im November 2009 den siebzehnten Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe“. Dieser jährliche Bericht erscheint seit 1993 und hat sich als Instrument kritischer Analyse der Entwicklungspolitik der Bundesregierung etabliert und bewährt.

Die Berichte, Presseinformationen sowie Hintergrundmaterialien sind im Internet zugänglich unter www.welthungerhilfe.de/17-bericht-entwicklungshilfe.html oder unter www.tdh.de/wirklichkeit-der-entwicklungshilfe.

Highlights – Auf einen Blick

■ **Globale Dreifachkrise verschärft Probleme der Entwicklungsländer.** Die Kombination von Welternährungs-, Weltwirtschafts- und Weltklimakrise hat für die Entwicklungsländer verheerende Auswirkungen. Kapitalzuflüsse sind zum Erliegen gekommen, Rohstoffpreise sinken, zahlreiche Länder stehen vor einer neuen Schuldenkrise. Sinkende Staatseinnahmen bedeuten weniger Geld für Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung. Frauen und Kinder sind von den Folgen der Krisen besonders betroffen. Die G20 hat mit ihren Krisengipfeln auf diese Probleme bislang nicht angemessen reagiert.

■ **Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger nehmen zu.** Als Folge der Krisen ist die Zahl der Hungernden im Jahr 2009 auf über eine Milliarde angestiegen, d.h. jeder sechste Mensch auf der Welt hungert. Durch die globale Finanzkrise steigt die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, um über 100 Millionen. Die Internationale Arbeitsorganisation fürchtet, dass auch die Zahl der Arbeitslosen weltweit bis Ende 2010 um bis zu 100 Millionen steigen wird. Die Krise trifft Menschen in allen Regionen der Erde: Textilarbeiterinnen in Nicaragua, Alpaca-Züchter im Hochland von Peru, Arbeiter in den Kupferminen von Sambia und Familien in Tadschikistan, die auf die Rücküberweisungen von Angehörigen aus dem Ausland angewiesen sind.

■ **Klimawandel trifft arme Regionen besonders heftig.** Die Folgen des globalen Klimawandels zeichnen sich schon heute in vielen Entwicklungsländern ab: Stürme und Überschwemmungen nehmen ebenso zu wie Hitzeperioden und Dürren. Wenn die Regierungen nicht entschieden gegensteuern, werden die Klimaveränderungen die Lebensgrundlagen vieler Bäuerinnen und Bauern in Afrika vernichten, werden Krankheiten wie Malaria und das Dengue-Fieber sich in Regionen ausbreiten, die bislang von ihnen verschont blieben, wird sich die Wasserknappheit in vielen Ländern verschärfen, werden zurückgehende Fischbestände die Ernährungs- und Einkommensbasis vieler Menschen gefährden. Die armen Länder haben 90 Prozent der menschlichen Opfer und der wirtschaftlichen Folgekosten des Klimawandels zu tragen. 15 der 20 Länder, die gegenüber dem Klimawandel besonders verletzlich sind, liegen in Afrika.

■ **Globale Erderwärmung muss auf zwei Grad Celsius begrenzt werden.** Um die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, müssen die Regierungen unverzüglich handeln. Nach Prognosen des Weltklimarates müssen die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 gemeinsam um bis zu 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Zugleich müssen aber auch Anpassungsmaßnahmen an die nicht mehr zu vermeidenden Klimaveränderungen konsequent vorangetrieben werden. Die Hauptverantwortung dafür tragen die Industrieländer. Sie sind bisher für fast drei Viertel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich.

■ **Finanzbedarf der Entwicklungsländer 100 bis 500 Milliarden Euro.** Die Kosten des Klimawandels in den Entwicklungsländern und ihr damit verbundener Finanzierungsbedarf für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel werden auf derzeit bis zu 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt und steigen in den kommenden zwei Jahrzehnten auf eine Größenordnung von rund 500 Milliarden Euro pro Jahr an.

■ **Ein Prozent für Klima und Entwicklung.** Die von den Industrieländern ausgelösten Klimaveränderungen verursachen in den Entwicklungsländern zusätzliche Kosten des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel. Sie erfordern daher von den Industrieländern die Bereitstellung zusätzlicher Mittel. Nach bisherigen Kostenschätzungen liegt der externe Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer derzeit mit 100 Milliarden Euro bei rund 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der westlichen Industrieländer. In Kombination mit dem bisherigen Ziel, die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen, ergibt sich die Verpflichtung, die Finanztransfers in die Länder des Südens zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf ein Prozent des BNE zu steigern. Die Kosten des Nichtstuns wären wesentlich höher.

■ **Klimaschutz ist finanzierbar.** Verglichen mit den Mitteln, die die Regierungen für Konjunkturprogramme und Subventionen ausgeben, ist der Finanzbedarf für Klimaschutz und Anpassungs-

maßnahmen in den Entwicklungsländern gering. Die westlichen Industrieländer gaben 2008 265 Milliarden US-Dollar für Agrarsubventionen aus; Rund 300 Milliarden US-Dollar fließen weltweit in die (umweltschädliche) Subventionierung fossiler Brennstoffe; die weltweiten Konjunkturprogramme als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise summieren sich auf 2.700 Milliarden US-Dollar (2009 bis 2011).

■ **Wachsende Unübersichtlichkeit internationaler Klimafonds.** In den vergangenen Jahren sind neue Fonds und Finanzierungsinitiativen im Klimabereich wie Pilze aus dem Boden geschossen. Diese institutionelle Fragmentierung birgt die Gefahr der Doppelarbeit, erhöht den Koordinierungsbedarf und schwächt die Rolle der Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention. In den laufenden Klimaverhandlungen wird es auch darum gehen, diesen Trend der institutionellen Proliferation zu stoppen und die Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention als zentrale Entscheidungsinstanz zu stärken.

■ **Emissionshandel für Börsenspekulation anfällig.** Der Handel von Emissionszertifikaten an den Börsen ist gegenüber Spekulation und Missbrauch nicht immun. Dies gilt vor allem für den Handel mit Zertifikaten aus Projekten im Rahmen des Mechanismus zur umweltgerechten Entwicklung (CDM). Hier hat sich mittlerweile ein boomender Sekundärmarkt gebildet, dessen Transaktionen sich innerhalb eines Jahres auf 26 Milliarden US-Dollar (2008) verfünffacht haben. Der Handel mit Emissionszertifikaten wird zunehmend zum Derivatehandel, in dem Großbanken, institutionelle Investoren und Hedge Funds eine wachsende Rolle spielen – mit den damit verbundenen Risiken. Zudem konzentrieren sich CDM-Projekte bisher auf wenige Schwellenländer (insbesondere China, Indien, Brasilien, Mexiko), an den armen Ländern fließt diese Form der Klimainvestition weitgehend vorbei.

■ **Wachsende Bedeutung des Klimaschutzes in der deutschen Entwicklungspolitik.** Das Bundesentwicklungsministerium (BMZ) hat zwischen 2008 und 2009 die klimarelevanten Aufwendungen um über 40 Prozent von rund 700 Millionen auf rund eine Milliarde Euro erhöht. Damit floss ein überproportionaler Anteil der Haushaltssteigerungen in den Klimabereich. Schwerpunkte sind der Energiesektor und der Waldschutz. Durch die Koppelung von BMZ-Zuschüssen an Kredite

der KfW Entwicklungsbank wird die deutsche ODA, die in den Klimabereich fließt, 2009 bei rund 2,25 Milliarden Euro liegen. Diese Mittel kommen aber nur den kreditwürdigen Entwicklungsländern mit „unkritischer Verschuldungssituation“ zugute. Gerade den hochverschuldeten armen Entwicklungsländern nützt dies nicht. Um einen fairen Anteil an den Klimakosten der Entwicklungsländer zu tragen, müsste Deutschland seine öffentlichen Mittel für den internationalen Klimaschutz mehr als verdreifachen. Dies darf aber nicht auf Kosten anderer entwicklungspolitischer Kernaufgaben geschehen.

■ **Unzulängliche Steigerung der ODA – trotz Rekordhoch.** Die öffentliche Entwicklungshilfe der westlichen Geberländer ist 2008 auf das Rekordniveau von 119,6 Milliarden US-Dollar gestiegen. 2007 waren es nur 103,5 Milliarden Dollar. Damit wurde der Abwärtstrend der Jahre 2006 und 2007 gestoppt. Dennoch lag die ODA-Quote, d.h. der Anteil der ODA am BNE mit 0,3 Prozent noch unter dem Wert von 2005 (0,33 Prozent) und weit entfernt vom viel beschworenen 0,7-Prozentziel. Dieses Ziel haben, wie in den Vorjahren, nur fünf Länder erfüllt: Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und die Niederlande.

■ **Deutlicher Anstieg der deutschen ODA.** Auf der Rangliste der westlichen Geberländer belegt Deutschland in absoluten Zahlen den zweiten Platz. Die deutsche ODA stieg 2008 auf 9,6 Milliarden Euro. 2007 waren es noch 9,0 Milliarden Euro. Gemessen an seiner wirtschaftlichen Leistungskraft liegt Deutschland aber nur auf Rang 14 und bewegt sich damit im unteren Mittelfeld der 22 westlichen Geber. Die deutsche ODA-Quote stieg zwischen 2007 und 2008 lediglich um 0,01 Prozentpunkt auf 0,38 Prozent.

■ **Vorgabe 2010: 1,7 Milliarden mehr für Entwicklungshilfe.** Mit dem ODA-Stufenplan der EU hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die deutsche Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 Prozent des BNE zu steigern. Dieses Ziel haben alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der FDP in ihren Wahlprogrammen für die Jahre 2009 bis 2013 bestätigt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die deutsche ODA nach Schätzungen der Europäischen Kommission 2010 um etwa 1,7 Milliarden Euro steigen. Ähnliche Steigerungen sind in den Folgejahren nötig, um bis 2015 das 0,7-Prozentziel zu erreichen.